

Reuendorf. (Reuter.) Die Abfahrt des Dampfers des Präsidenten Wilson „George Washington“ nach Breslau...

Der „Temps“ veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung: „Im Gegensatz zu gewissen Behauptungen, die aus der deutschen Presse von auswärtigen Blättern übernommen worden sind, glauben wir, daß die französische Regierung keinen einzigen offenen erklärten oder verblühten Anspruch auf irgendein Gebiet mit deutscher Bevölkerung macht.“

Aus der Nationalversammlung.

Weimar, 9. April. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr. Erste Beratung des Etats für 1919. Reichsfinanzminister Schiffer:

Der Etat, den ich Ihnen vorlege, ist noch kein Friedensetat; er kann es auch nicht sein; denn wir haben noch keinen Frieden. Aber er ist doch der erste Schritt zum Friedensetat. Der Etat balanciert mit rund 13 Milliarden. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 5,7 Milliarden. Der Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden. (Hört! Hört!) Das ist ein überaus ernster Zustand, der sich noch dadurch erhöht, daß wir mit Sicherheit annehmen können, daß wir erst am Anfang dieser Entwicklung stehen. Dieser Etat ist nur ein Durchgangsetat zu noch schlimmeren Zuständen; denn in ihm sind noch nicht enthalten die finanziellen Folgen des Krieges, die Entschädigungen, die wir an die Entente zahlen müssen, und auch noch nicht die Kosten, die wir durch die von uns gewünschte Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich auf uns nehmen müssen. Beträchtlichen Mehrausgaben stehen ganz erhebliche Mindereinnahmen gegenüber. Die Schätzungen sind vielfach noch viel zu niedrig. Der allgemeine Pensionsfonds ist mit 1,1 Milliarde veranschlagt. Wir werden aber zu einem Pensionsfonds von 4,1 Milliarden kommen. (Hört! Hört!) Die Denkschrift über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der Kriegszeit hat in der Öffentlichkeit viel zu wenig Beachtung gefunden. Sie zeigt uns den ganzen Ernst der Lage, verglichen mit dem gesunden Stande unserer Finanzen des Jahres 1913. (Hört! Hört! rechts.) 1915 betrug der Reibetrag 220 Milliarden, 1916: 1,1 Milliarde, 1917: 891 Millionen, und 1918 wird er voraussichtlich 770 Millionen betragen. Im allgemeinen ist die Steigerung der Ausgaben bei den einzelnen Titeln natürlich durch die allgemeine Wertminderung des Geldes beeinflusst. Je höher aber die Preise werden, die das Reich zu zahlen hat, um so mehr müssen wir das Gebot der Sparsamkeit beherzigen. (Sehr richtig!) Ich muß Sie dringend bitten, es nicht bei dieser Zustimmung bewenden zu lassen, sondern auch Ihre Haltung danach einzurichten. (Beifall.) Im allgemeinen ist das Drängen nach Ausgaben vom Parlament viel stärker gewesen, als von der Regierung. (Sehr richtig!) Das natürliche Verhältnis wäre aber, daß die Volksvertretung den Daumen auf denbeutel hält. (Sehr richtig!) Auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung verlangt die Volksvertretung mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszuschläge der Beamten. Gleichzeitig wird aber dahin gedrängt, bei den Gehältern der höheren Beamten Abstriche zu machen. Wir sind den Wünschen nach beiden Richtungen entgegengekommen. Der finanzielle Effekt wird freilich kein großer sein, und es wird dadurch die Schwierigkeit vergrößert, geeignete Kräfte für den Staatsdienst heranzuziehen. Die Flucht tüchtiger Elemente aus dem Staatsdienst in besserbezahlte Privatstellen nimmt in beängstigender Weise zu. (Hört! Hört!) Vorbereitet ist eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes mit Beachtung der Pension. Wir haben deshalb 1,6 Milliarde für Teuerungszuschläge an Beamte eingelegt. Wir konnten diese Hilfe um so weniger verjagen, als wir gerade in dem tüchtigen, unbestechlichen, arbeitsamen und genügsamen Beamtentum ein köstliches Erbe aus der Vergangenheit haben. (Lebh. Zustimmung.) Es erhebt sich die Frage, wie wir bei einem Anhalten der Preissteigerung die berechtigten Wünsche der Beamten befriedigen können, ohne in Widerspruch mit unseren Finanzen zu kommen. Da gibt es nur ein Heilmittel, die Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden. Da muß ein offenes Wort gesprochen werden. Auch der Beamtenschaft sind Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn nicht die Allgemeinheit Schaden erleiden soll. (Beifall.) Wir dürfen nicht das Wirtschaftsleben burokratisieren, das wäre ein schwerer Schaden. (Lebhafte Zustimmung.) Ich sage das nicht, weil ich ein Gegner der Sozialisierung bin, sondern weil ein an sich guter Gedanke schließlich Schaden anrichtet, wenn er mit unzulänglichen Mitteln in Angriff genommen wird. (Beifall.) Die Gefahren einer Bürokratisierung drohen vielleicht auch auf dem Gebiete der Preise. Wir haben im Auswärtigen Amt zwei Posten für den Pressedienst eingesetzt, und wir wollen damit nur alte Verhältnisse gutmachen. Wir haben es vor dem Kriege in der Tat an der richtigen Verwertung der Presse fehlen lassen, und haben bitter dafür büßen müssen. Im Kriege verhielten wir, mit großen Gelbdaunwendungen das Veräumdete nachzubolen, aber der Erfolg war kein guter. Auch in der Presse läßt sich ohne Geld nichts machen. Wer Geld allein hat, ist nicht. (Sehr richtig!) Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für eine einzelne Partei getrieben werden würde, so muß ich das namens der ganzen Reichsregierung als durchaus tadelnswert bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung u. Zurufe rechts.) Ich kann versichern, daß gegen solche Mißbräuche mit Entschiedenheit vorgegangen wird. Im Mittelpunkt des ganzen Etats stehen, weil sie mit einem Gesamtertrag von 7 Milliarden eingesetzt sind, die Steuern. Es entsteht die Frage, ob unser Volk die gewaltigen Steuerlasten überhaupt wird tragen können. Nun, ich bin fest überzeugt, daß unser Volk dazu in der Lage

ist, wenn diese Steuerlast verknüpft ist mit einer Senkung der Preise. Wenn diese Senkung der Preise nicht erfolgt, dann wird allerdings die Finanzierung des Reiches auf die Dauer nicht möglich sein. (Hört! Hört!) Meine ganze Steuerreform läuft darauf hinaus, für eine solche Senkung der Preise nicht nur die Voraussetzung zu schaffen, sondern diese Senkung ist das Ziel ihrer Durchführung. Nun bin ich nicht ein so großer Illusionist, daß ich glaube, eine Senkung der Preise könnte allein durch Steuern erreicht werden. Die Preise können nur sinken werden, wenn wir mehr Güter erzeugen. (Allseitige Zustimmung.) Wir müssen arbeiten, um Güter zu erzeugen, dann werden wir auch Finanzen bekommen. (Zustimmung.) Arbeitslust und Arbeitskraft müssen einmal belebt werden, und wir müssen von den organisierten Bahnen in der Gegenwart ablassen. (Erneute Zustimmung.) Auch dann wird das Werk der Ordnung unserer Reichsfinanzen noch ungeheuer schwer sein. Alle Kräfte müssen zu diesem Zwecke zusammenstehen.

Kirche und Unterricht

„Enteignung“ von Restestipendien. Von geschätzter Seite wird der „Sächs. Volksztg.“ geschrieben: „Die Tschechen scheinen die Vererbung geistlicher Personen zum System machen zu wollen. Am 17. Februar — also 14 Tage vor dem Beginn der berühmten Notenabstempelung — sandte ein Ordensgeistlicher Restestipendium im Betrage von 168 Kronen nach Wien. Am 22. März erhielt er die Postanweisung, auf die der Betrag eingezahlt war, mit der Bemerkung zurück, daß ihn, da die Sendung unzulässig, der Betrag von 80 Kronen „zurückvergütet“ werde. Der Rest des Geldes sei „enteignet“ worden!“

General-Appell der katholischen Eltern Dresdens!

Sonnabend, den 12. April, abends 7 Uhr, im Vereinshaus auf der Zinzendorfstraße. Redner: Herr Justizrat Dr. Eibes. Erscheint in Massen!

Nachrichten aus Sachsen.

Das Ende der katholischen Schule in Zwickau. Die katholische Schule hat aufgehört zu sein. Am Sonnabend den 5. April wurde vor versammelten Lehrern und Schülern zum letzten Male in der Schulkapelle die hl. Messe gelesen. Herr Kaplan Dr. Fehne sprach in der Altarrede über die Worte des 136. Psalm: „An den Weiden des Landes hängen wir unsere Garben auf. Wie sollten wir singen des Herrn Lied im fremden Lande? Vergesse ich deiner, Jerusalem, so werde meine Rechte vergessen.“ Die Ansprache klang aus in dem Wunsche, daß sich die Worte Josephs an seine Brüder erfüllen mögen: „Ihr saunet Böses gegen mich, Gott aber wandte es zum Guten.“ Eine trauervolle Stunde. Nach der hl. Messe wurde der Altar abgedeckt. Damit hat das Haus seine Seele verloren. Am Montage bezogen unsere Lehrer und Kinder schon die ihnen zugewiesenen Bezirksschulen, und in unser Haus zogen Fremde ein. Zwickau hat also in Deutschland den ersten Schlag gegen die katholische Schule getan. Da die Religionsunterrichtsfrage noch nicht gelöst ist, bleibt in den Zwickauer Schulen der Religionsunterricht, wie er zuletzt war, nämlich evangelischer in seinen verschiedenen Schattierungen, je nach der Ueberzeugung der Lehrer. Sicher ist so in der Schule in hohem Grade Gelegenheit gegeben zu konfessionellen evangelischen Religionsunterrichte, zu katholischem keiner, also nicht so sehr Verleugung der konfessionell evangelischen Schulen, aber gründliche Ausrottung der katholischen.

Der Protest der jüdischen Lehrerschaft in der Schulfrage. Die Lehrerschaft der israelitischen Religionschule zu Dresden hat unter Bezugnahme auf die Beordnung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 3. Januar 1919 beschlossen, der Bezirksinspektion die folgende Erklärung zu unterbreiten: 1. Der Religionsunterricht ist in der Schule zu erteilen. Die Schule als Erziehungsanstalt kann der erzieherischen Macht der Religion nicht entzogen. 2. Der Religionsunterricht ist den Kindern verschiedenen Bekenntnisses gesondert innerhalb des Bekenntnisses zu erteilen. Allgemeine Religion ohne feste Gestalt durch das Bekenntnis und ohne Übung nach den besonderen Forderungen der besonderen brenntnismäßigen Religion ist ein bloßer Begriff, aber keine erzieherische Wirklichkeitsmacht. 3. Auch den Kindern israelitischen Bekenntnisses ist, wo deren Anzahl es als möglich und also als erforderlich erscheinen läßt, der Religionsunterricht in ihrem Bekenntnis in der Schule zu erteilen. 4. Wird gleichwohl die Einführung eines allgemeinen Religionsunterrichtes angeordnet, so ist für die Kinder, die einen Unterricht in der Religion ihres Bekenntnisses nachweisen, die Befreiung von der Teilnahme an dem allgemeinen Religionsunterricht zu fordern.

Der Verband der israelitischen Religionsgemeinden in Sachsen, dem sämtliche jüdische Gemeinden angehören, ist dieser Erklärung vollinhaltlich beigetreten.

Die Streikbewegung im Zwickauer und Zwickauer Gebiet.

Wie die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, bilden bei der Streikbewegung im Zwickauer und Zwickauer stobengebiet nicht die wirtschaftlichen, sondern die politischen Forderungen das wesentlichste Moment. Die Arbeiter verlangen den Rücktritt der Regierung, die völlige Durchführung des Räteystems und den Anschluß an die Räterepublik Bayern.

Freiwillige für den Grenzschutz gesucht. Rings um die Grenzen unserer Heimat stehen die Feinde und harren des Augenblicks, wo sie über unser armes, durch den Krieg geschlagenes, gedemütigtes Volk herfallen können, um ihm das letzte, was es noch besitzt, sein Städtchen Heimatlande, zu rauben. Heimatliche Elemente wollen im Innern, das Volk zu verbergen, die Regierung zu stürzen, den Bolschewismus, die Schwachdiatur des Proletariats einzuschleichen. Freie Männer Sachsens, wehrt euch gegen die äußeren und inneren Feinde, folgt dem Rufe des Vaterlandes, meldet euch zum freiwilligen Grenzschutz! Die Hauptverbestelle der 2. Grenzjägerbrigade Rössen i. S., Gasthof „Goldner Stern“, und die Nebenstellen in Dresden, M.-G.-Kaserne, Königsbrüder Straße 20, Flegelhain, Weißen, Großvoigtsberg, Hainichen, Rohnwein nehmen Meldungen von Freiwilligen entgegen. (S. Anz.)

Leipzig, 9. April. Zum Kreishauptmann von Leipzig ist dem Vernehmen nach der bisherige Amtshauptmann von Bayreuth Geheimrat Regierungsrat Dr. von Pflugt auszuwählen. Er wird das neue Amt voraussichtlich am 1. Juli d. J. antreten.

Aus Dresden.

Die Protestbewegung gegen die Verewaltigung der christlichen Eltern in der Erziehungsfrage schwillt erdichterweise gewaltig an. Ein Blid in die Gemeinde- und Vereinsnachrichten unseres Blattes beweist, daß im ganzen Lande vor allem auch die katholischen Eltern sich zusammenschließen, um gegen die Beschlüsse des Gesehgebungsanschlusses der Volkssammere Stellung zu nehmen. Da dürfen auch die katholischen Eltern Dresdens nicht zurückstehen. Wir weisen deshalb an dieser Stelle nochmals auf die Elternversammlung hin, die am Sonnabend den 12. April, abends 7 Uhr, im großen Saale des Vereinshauses, Zinzendorfstraße 17, stattfindet. Hauptredner ist Herr Justizrat Dr. Eibes. Es ist Ehrenpflicht der Katholiken Dresdens, diese Versammlung zu einer machtvollen Kundgebung zu gestalten.

Dem Gerichtsassessor Paul Bergmann in Dresden ist vom 1. April ab die Stelle des juristischen Sekretärs und Hilfsarbeiters beim Apostolischen Vikariat und Vikariatsgericht im Nebenamt übertragen worden.

Verteilung von Gemüsekonserven. Dem Rätlichen Lebensmittelamt ist für die Stadt Dresden ein Vollen Gemüsekonserven überwiesen worden, der es ermöglicht, auf den Kopf der Bevölkerung 1 Pfund zu verteilen. Nach der Ratsbeschlussanmaßung erfolgt die Abgabe auf den Kuzmeis 278 der neuen Lebensmittelkarte in der Woche vom 14.—19. April, so daß die Ware der Dresdner Bevölkerung für die Osterfeiertage zur Verfügung steht.

Verteilung von Zitronen. Auf Abschnitt 1 der grünen Haushaltungskarte A und der braunen Haushaltungskarte B werden je zwei Zitronen verteilt. Die Anmeldung hat am 10. oder 11. April zu erfolgen.

Freigabe des Solarins. Der Verkauf von Solarin kann von jetzt ab an jedermann ohne Erdölkarte erfolgen. Die Kleinhandelsgeschäfte, denen der Vertrieb des Solarins übertragen worden ist, können je nach Bedarf weitere Mengen von den Lieferanten, aus dem sie bisher das Solarin bezogen haben, anfordern. Die Bestellung muß in durch 20 Liter teilbaren Mengen erfolgen. Der Preis für 1 Liter Solarin beträgt, wie bisher, 75 Pf. Der Petroleumverbrauch bleibt nach wie vor gesperrt.

Rohlenverkaufsspeise. Rohlenhändler, die sich beim Zumessen von 1 Hektoliter Rohle eines 20-Liter-Maßes bedienen, haben 5 getrichtene und nicht 4 getrichtete Maß abzugeben, wenn sie sich kleinerer Mengen bedienen wollen. Wird beim Verkauf von 1/2 Hektoliter Rohle in Erwägung eines 1/2-Hektoliter-Maßes ebenfalls das 20-Liter-Maß verwendet, so muß der Käufer im eigenen Interesse darüber wachen, daß er ein getrichtetes 20-Liter-Maß zugemessen erhält, falls er nicht zu Schäden kommen will.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Kathol. Frauenbund. Donnerstag, den 17. April, abends, veranstaltet Herr Friedrich Schöcher im Künstlerhaus einen Regitationsabend über „Kunst und Leben“ (Wort von Richard Strauß). Da der hochgeschätzte Redner durch die Verhältnisse im Herbst leider verhindert war, seine Kunst- und Kathol. Frauenbund zur Verfügung zu stellen, will er in liebevollster Weise unsern Mitgliedern und deren Angehörigen Karten zu bestimmten Preisen überlassen. Wir machen hierdurch auf diesen hohen Kunstgenuss aufmerksam und hoffen, daß recht viele von diesem freundlichen Anerbieten Gebrauch machen. Karten zum Preise von 1,20 Mk. inkl. Willkommener Strauß zu haben bei Herrn Hoflieferant Trilmpfer, Sporangasse, bei Frau Wilentius, Oststr. 23, I., und im Sekretariat, Königsbrüder Straße 15, III. Dresden-Friedrichstadt. Marienverein. Sonntag, den 18. April früh 1/8 Uhr gemeinschaftliche heilige Kommunion, Klaußerstraße nachm. 6 Uhr Versammlung in Friedrichstadt. Deuben (Bez. Dresden). Am Sonntag, den 8. April, fand in Deuben eine Versammlung des Volksvereins i. d. F. D. statt, in der vom Herrn Pfarrer Real ein Vortrag über das jetzt für uns Katholiken so wichtige Thema „Schule und Religion“ gehalten wurde. Dem wichtigsten Auswahlsungen entsprang folgende, einstimmig gefasste Resolution: Wir versammelten Mitgliedern des Volksvereins, des Kanto und der Fäcilia legen Verwahrung ein gegen die Maßnahmen der jetzigen Regierung in bezug auf den Religionsunterricht der Kinder. Wir erlauben nicht, daß unsere Kinder einem bestimmten Moralunterrichte ausgeführt werden. Vielmehr fordern wir auf Grund der durch die Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit auch für die Zukunft den bisherigen konfessionellen Religionsunterricht als Pflicht.